

Schweizerzeit



Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Unsere Souveränität ist unantastbar

3

Freiheit

13

Individualverkehr im Schussfeld

15

Weihnachtliche Hotel-Dekoration in St. Moritz GR
Bild: Markus Rezzonico, Hergiswil NW



Dank

2021 – erneut von Einschränkungen geprägt – hat die Schweizerzeit einmal mehr vielfache Unterstützung erhalten – von ihren Leserinnen und Lesern einerseits, sowie von jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern andererseits, welche die Schweizerzeit-Stiftung mit grosszügigen Beiträgen unterstützen. Sie bilden das Fundament für Aktionen und Kampagnen der Schweizerzeit – etwa die mit Abstimmungssiegen endenden Einsätze für das Verhüllungsverbot und gegen die willkürliche Erhöhung der CO₂-Tribute.

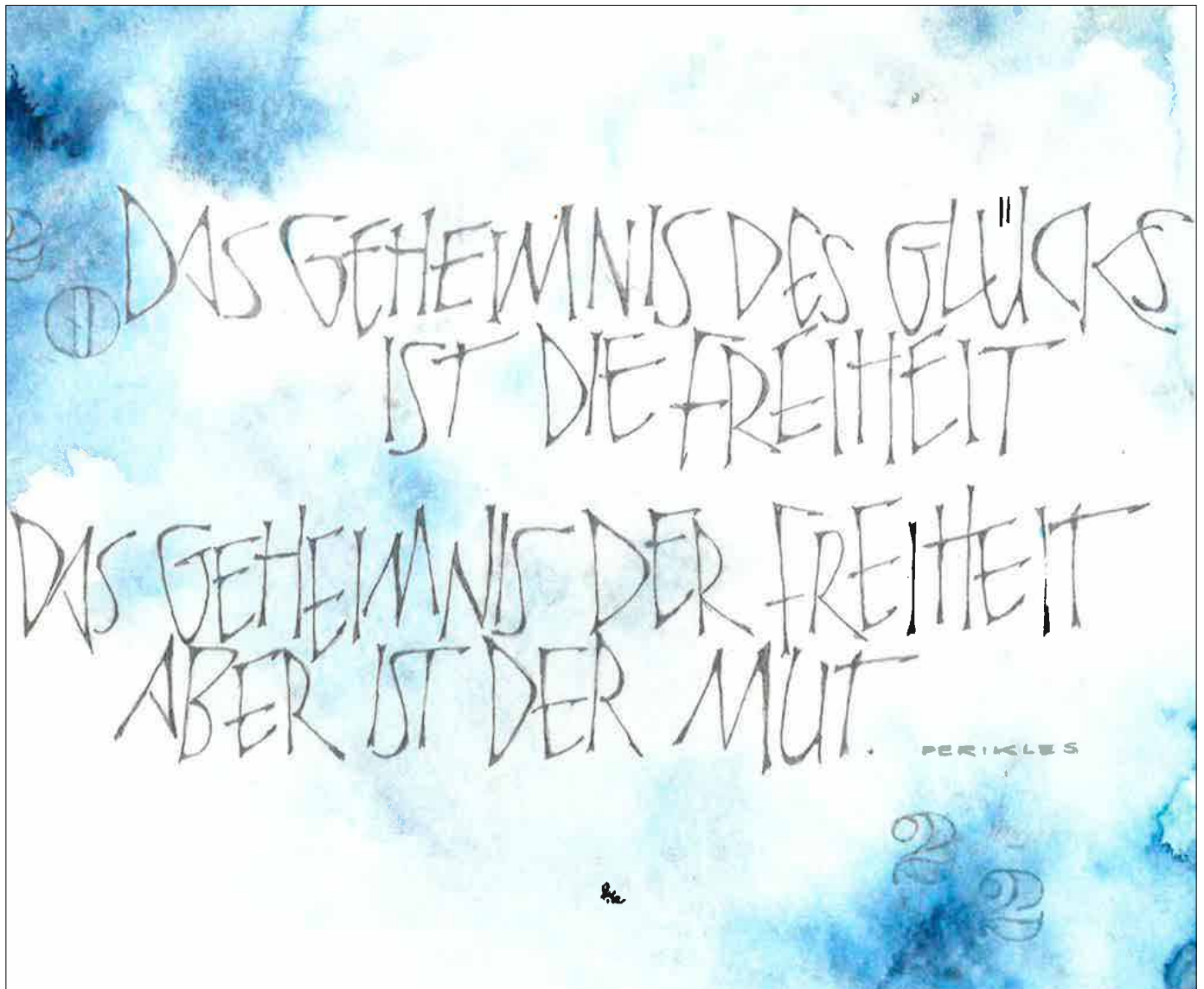
Ein herzliches Dankeschön entbieten wir auch allen Inserenten, welche sich fast geschlossen auch in der heutigen letzten Ausgabe des Jahrgangs 2021 den Leserinnen und Lesern präsentieren. Bitte entnehmen Sie der heutigen

Ausgabe, welche Firmen und Institutionen die Schweizerzeit mit Inserat-Aufträgen unterstützen. Ihre Produkte und Dienstleistungen verdienen Ihre Aufmerksamkeit.

Ohne den unermüdlichen Einsatz unseres Inserate-Akquisiteurs Markus Rezzonico wären all diese Aufträge allerdings nicht Tatsache geworden. Ihm entbieten wir dafür an dieser Stelle unser besonders herzliches Dankeschön.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes Neues Jahr.

Namens des Schweizerzeit-Teams
Ulrich Schlier



Ursula von der Leyens beispiellose Ankündigung

Unsere Souveränität ist unantastbar

von Václav Klaus, ehem. Ministerpräsident und Staatspräsident der Tschechischen Republik

Wenn die Demokratie in Europa – besser gesagt in der Europäischen Union – bedroht ist, müssen die europäischen Demokraten lautstark protestieren. Was heute auf dem Spiel steht, ist alles andere als eine Kleinigkeit.



In ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament vom 19. Oktober 2021 erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass das jüngste Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, wonach die polnische Verfassung Vorrang vor manchen EU-Gesetzen habe, «die Grundlagen der Europäischen Union in Frage stellt». Laut von der Leyen sei es «die Pflicht der Kommission, die Rechte der EU-Bürger zu schützen», und deshalb werde «die Kommission handeln». Diese Ankündigung war beispiellos.

Die zentrale Frage

Die zentrale Frage

In den letzten Wochen hat das polnische Verfassungsgericht ausdrücklich eine Frage aufgeworfen, die sich alle wahren Demokraten seit Jahrzehnten stellen:

Soll der europäische Integrationsprozess zur Schaffung einer supranationalen Entität führen, die über den einzelnen Mitgliedstaaten steht? Oder sollen diese Staaten ihre Souveränität behalten und nur einen Teil davon an Brüssel abgeben?

Abonnieren Sie CATO

CATO, das «Magazin für neue Sachlichkeit», erscheint seit dem 8. September 2017 mit Hauptsitz in Berlin. Das Magazin wurde nach CATO dem Jüngeren benannt, einem im Jahr 95 v. Chr. – in der Spätphase der Römischen Republik – geborenen Senator. Er stand in Opposition zu Cäsar und wollte dessen angestrebte Alleinherrschaft verhindern. CATO sieht hier klare Parallelen zum Demokratie- und Werteverlust in der Europäischen Union. Wir empfehlen Ihnen, verehrte Schweizerzeit-Leserinnen und -Leser, das Magazin, das zweimonatlich hochkompetente Lagebeurteilungen zur aktuellen Politik präsentiert (wie der heutige Artikel von Václav Klaus) zu abonnieren beim CATO-Verlag GmbH, Fasanenstrasse 4, 10623 Berlin, bzw. unter: info@cato-verlag.de

Das ist die zentrale Frage, die den europäischen Integrationsprozess seit den fünfziger Jahren begleitet. Jeder weiss das oder sollte es zumindest wissen. Und niemand darf die Augen davor verschliessen, dass es hier ein Problem gibt. Auch Frau von der Leyen nicht.

Polnische Verfassung hat Vorrang vor EU-Gesetzen

Nach monatelangem intensivem Nachdenken hat das polnische Verfassungsgericht die Meinung formuliert, dass (...) ein Teil der EU-Verträge «nicht mit der Verfassung der Republik Polen vereinbar ist». Und es hat hinzugefügt, dass die polnische Verfassung Vorrang vor europäischen Gesetzen hat.

Fortsetzung auf Seite 5

SCHUMACHER IMMOBILIEN⁺
mehrwert machen



„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher
4542 Luterbach
032 682 03 88
www.schumacher-immobilien.ch



Jos. Rüetschli

Heizöl - Diesel - Petrol

Kohlen - Brikette - Brennholz

Spezial-Grillkohle

Altstoff-Recycling

4542 Luterbach Telefon 032 682 43 02 Natel 079 631 46 65



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Diese Aussage mag in Brüssel nicht sehr beliebt sein, aber es ist die Meinung eines legitimen Verfassungsorgans eines EU-Mitgliedstaates (entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom Mai 2020), und niemand hat das Recht, sie zu missachten. Nicht einmal Beamte der Europäischen Kommission wie Frau von der Leyen.

Zweifellos hat sie nicht das Recht zu behaupten, dass dies «die Grundlagen der Europäischen Union in Frage stellt». Ganz bestimmt hat die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts die einseitigen Ansichten und Positionen in Frage gestellt, die seit Jahren von einigen europäischen Beamten, einem Grossteil der europäischen Aktivisten und sogar von einigen europäischen Politikern vertreten werden. Aber mehr hat das polnische Verfassungsgericht nicht gemacht.

Zum Schutz der Unionsbürger?

Frau von der Leyen verkündet, dass die Europäische Kommission die Bürger der Union schützen müsse, und plant, in diesem Sinne zu handeln. Auch wir sind Bürger eines EU-Mitgliedstaates, aber wir fühlen uns durch die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts nicht bedroht. Niemand muss uns vor ihr schützen.



Wir haben im Gegenteil das Gefühl, dass wir uns im Rahmen der EU gegen die Schwächung der Souveränität einzelner Staaten «schützen» müssen. Wir sind auch nicht davon überzeugt, dass die polnischen Bürger den Schutz der Kommissarin Ursula von der Leyen

Fortsetzung auf Seite 7

Die spendablen Weihnachtsmänner in Bundesbern

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





Festliche Arrangements für besondere Feiertage

Ob Weihnachten oder Silvester:
Geniessen Sie besinnliche
Stunden im Appenzeller Land
mit authentischer Küche und
erholsamen Wellness-Momenten.

Weitere Informationen und Buchung:
baeren-gonten.ch/schlafen/specials/



BÄREN
GONTEN | APPENZELL



Boutique Hotel Bären Gonten AG | Dorfstrasse 40 | 9108 Gonten AI, Switzerland
T +41 71 795 40 10 | www.baeren-gonten.ch

brauchen. Die Polen haben in der Geschichte mehrfach bewiesen, dass ihnen die Souveränität ihres Landes am Herzen liegt. Es ist äusserst unsensibel, dass Frau von der Leyen in ihrer Rede auf die polnische Gewerkschaft Solidarnosc vor vierzig Jahren verwies, deren Ziel es war, die sowjetische Herrschaft über Polen zu beenden.

Polen hat sich nicht von der sowjetischen Herrschaft befreit, um seine Souveränität jetzt erneut zu verlieren, wenn auch unter scheinbar demokratischen Bedingungen.

Genau darum ging es dem polnischen Verfassungsgericht in seinem Urteil. Es ist die Pflicht von uns Tschechen, in unserem eigenen Interesse die Polen in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Václav Klaus

Deutsche Fassung des englischen Beitrags «Václav Klaus Institute on Commissioner Leyen's attacks on Poland» vom 19. Oktober 2021 (klaus.cz); übersetzt von Andreas Lombard – Kurz vor der Rede Ursula von der Leyens schickte Václav Klaus einen Brief an Jaroslaw Kaczyński, in dem er die polnische Position persönlich unterstützte.

Die «Schweizerzeit» dankt Václav Klaus und Andreas Lombard (Chefredakteur CATO) für ihre freundliche Einwilligung zur Publikation.

«Das aktuelle Zitat»

«Ohne den Ersten Weltkrieg keine russische Oktoberrevolution im November 1917. Ohne diesen Putsch in Sankt Petersburg keine leninistisch-trotzkistische Sowjetdiktatur. Folgerichtig kein stalinistisches GULag. Kein fataler Friedensvertrag in Versailles. Ohne diesen chauvinistischen Rachefrieden keine Nationalsozialisten und kein Wahlsieg der NSDAP über die Weimarer Republik. Ohne Hitlers Hochzeit mit Stalin kein Weltkrieg II und kein Holocaust. Deutschland hätte sich ohne das Völkergemetzel in eine blühende monarchistische Demokratie verwandelt.»

Wolf Biermann, Liedermacher und Lyriker, in der «Welt am Sonntag» am 14. 11. 2021

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise

SVP-Delegierter

AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch

Nur noch 75 Franken



Nur noch dieses Sümmchen, einem persönliche Dokumente ausstellenden Funktionär zu entrichten, braucht es, um als Mann sich zur Frau zu erklären oder umgekehrt. Man hat dem Funktionär ab 2022 nur noch mitzuteilen, dass man sich eben «anders fühle» als man geboren worden sei. Dass zuweilen stürmisch wahrgenommene Gefühle auch Launen unterliegen

– was tut's. Es kann sich schliesslich – für weitere wiederum einem Funktionär auszuhändigende 75 Franken – jeder und jede jederzeit wieder «zurückfühlen» ins alte, ins angeborene Geschlecht, wenn man sich als «gefühlte» Frau einige Zeit unter echten Frauen in allerlei, dem andern Geschlecht vielfach eher versagten Vorgängen getummelt hat. Und wenn allenfalls auch der allein Männern Verpflichtungen auferlegende RS-Termin der Vergangenheit angehört.

Man muss den Menschen ja nicht unbedingt als «Krönung der Schöpfung» sehen. Aber Teil dieser Schöpfung – die Umweltfreunde, wenn es um Schutz für Pflanzen und Tiere geht, gar häufig zu beschwören pflegen – ist der Mensch zweifellos schon. Was der Frage ruft, warum diejenigen, die auf Erden zumindest sonntags das Wort Gottes auszuliegen pflegen, so verstörend penetrant in Schweigen verfallen, wenn die hohe Politik dem Menschen plötzlich die Befugnis einräumt, für 75 Franken die eigentlich Gott zugeschriebene Schöpfung «zu korrigieren». Gott also gleichsam ins Handwerk zu pfuschen? Oder wenn man von der gefühlten Neu-Existenz genug hat, die Schöpfung auch wieder zurück-zukorrigieren? Kuschen die Wortausleger vor der zu erwartenden Schelte windiger Medienleute?

Spalte
rechts

Wir bezweifeln keineswegs, dass es Menschen gibt, denen das Leben im ihnen bei Geburt bedachten Geschlecht schwerfällt. Aber die Schöpfung schenkt der Menschheit keineswegs bloss Jubeltrubeltrallala. Manch eine Person trägt ein Leben lang an dem, was ihr zur Geburt mitgegeben wird. Ob das Rechtfertigung genug ist, die Schöpfung zur 75 Fränkli-Spielerei zu erniedrigen? Die Kirchen – und das erstaunt und beunruhigt – scheinen daran keinen Anstoss zu nehmen. Scheinen sich vom Auftrag gelöst zu haben, auch Hüterinnen der Schöpfung als Werk Gottes zu sein.

Sind sie einfach Abbild der Dekadenz, der zumindest die politischen Instanzen verfallen sind, welche der Schöpfung einen Wert von nur gerade noch 75 Franken zubilligen?

Ulrich Schlier



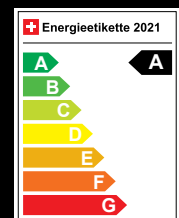
ECLIPSE CROSS PHEV

AB CHF 39'950.-*

Jetzt bei **Ihrem Mitsubishi Partner**



[emilfrey.ch](https://www.emilfrey.ch)



*Eclipse Cross PHEV Value CHF 39'950.-, Abb. Eclipse Cross PHEV Diamond CHF 49'950.-, Normverbrauch 2,0l/100km, CO₂-Emission 46g/km, Energieeffizienz-Kategorie A.

Streitbarer Tierschützer bis ans Limit

Tod eines «Widerstandskämpfers»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Erwin Kessler aus dem Thurgau war ein kompromissloser Kämpfer für seine Sache. Von vielen geliebt, von vielen gehasst.



Erwin Kessler, am 29. Februar 1944 in Romanshorn geboren, doktorierte an der ETH Zürich und verdiente als selbständiger Bauingenieur gut. Der Vater von vier Kindern war nach Aussage des Journalisten Hans Stutz in den 1970er-Jahren Mitglied der Nationalen Aktion (heutige Schweizer Demokraten). Er lebte, so lang ich denken kann, im hinterthurgauischen Tuttwil. Mit einem seiner Söhne habe ich die Kantonsschule besucht.

«Krawalltierschutz»

Gegen Ende der 80er Jahre gründete er den «Verein gegen Tierfabriken» (VgT). Kessler betrieb einen lauten «Krawalltierschutz», was damals neu war. Entsprechend verhasst war Kessler im Thurgau in landwirtschaftlichen Kreisen. Als eine Kollegin vom Lehrerseminar in der Schule den VgT thematisierte, verboten einzelne Eltern den Kindern, die Hausaufgaben zu machen. Während Jahren war auf einigen Autobahnbrücken bei uns im Thurgau «Essen Sie heute vegetarisch – Ihrer Gesundheit und den Tieren zuliebe» gepinselt. Als die Polizei Kessler einmal festnehmen wollte, öffnete er die Tür nicht sogleich, sondern liess ausrichten, er befinde sich gerade in der Badewanne, man möge sich ein paar Minuten gedulden. In der Zwischenzeit informierte er die Presse, welche dann publikumswirksam über die Verhaftungsaktion berichtete.

Antisemit?

Ein Tiefpunkt seines Lebens waren die Vorwürfe, er sei ein Antisemit. Als der Bundesrat in den 1990er-Jahren das Schächtverbot aufheben wollte, schoss sich Kessler auf das Schächten ein und verglich dieses mit dem Holocaust und wurde wegen Rassendiskriminierung angeklagt. Mit zwei Studienkollegen beobachtete ich den

Prozess am Obergericht Zürich. Seine Anhänger waren mit einem VW-Bus angereist, auf dessen Dach ein riesiges Pappmaché-Schwein in einem Kastenstand platziert war. Kessler durchschritt ganz in Weiss gekleidet das Spalier seiner Gefährten. Wir erachteten seine Äusserungen als von der Meinungsäusserungsfreiheit gedeckt. Das Gericht sah es anders, und Kessler wurde zu einer unbedingten Gefängnisstrafe von 45 Tagen wegen Widerhandlung gegen die Rassismusstrafnorm verurteilt. Fortan wurde ihm dies immer wieder zum Vorwurf gemacht.

Zahlreiche Prozesse

Kessler war in zahlreiche Prozesse verwickelt – und diese wirkten teilweise sogar rechtsfortbildend. So erstritt er bewilligungsfreie Kleinkundgebungen und bekämpfte Einschränkungen der Meinungsäusserungsfreiheit, ebenso erzwang er ein Einsichtsrecht in Strafbefehle, Einstellungs- und Nichtanhandnahmeverfügungen. Ein Streit mit dem Schweizer Fernsehen um die Ausstrahlung eines Anti-Fleisch-Werbespots dauerte epische sechzehn Jahre, bis er vom EGMR Recht erhielt. Kessler war sich aber auch nicht zu schade, auch kleine Prozesse zu führen, wenn er der Ansicht war, dass ihm jemand auf den Schlips getreten war. Beim Bezirksgericht Münchwilen war er ein treuer Gast. Als ich einmal gegen ihn antreten musste und gewann, überwies Kessler dann allerdings ohne Nebengeräusche die meinem Klienten zugesprochene Entschädigung.

Ein Widerständler ist tot

Kessler war getreu seinem Naturell als Widerständler und freiheitliebender Mensch auch kritisch gegenüber den Corona-Massnahmen eingestellt. Er starb in der Nacht vom 23. auf den 24. September 2021 im Alter von 77 Jahren in Tuttwil.

Hermann Lei

Treten Sie
jetzt unserem
Komitee bei:

www.werbeverbote-nein.ch



NEIN

zur extremen Verbots-Initiative

Leserbriefe

Folgen einer einseitigen Berichterstattung

Leider wurde die Gegnerschaft der oft widersprüchlichen bundesrätlichen Coronapolitik im Vorfeld der Abstimmung zum verschärften Covid-19-Gesetz in den Medien weitgehend mundtot gemacht oder verunglimpft. Ihre Argumente wurden als «Verschwörungstheorien» und als «Polemik» abgetan. Anstatt bei Kundgebungen von tausenden friedlichen Corona-Massnahmenskeptikern wurde genüsslich von einer Handvoll pöbelnder Mitläufer berichtet. Die täglichen Angst-Kampagnen von offizieller Seite waren geeignet, Wut und Aggressionen anstacheln, so dass der Graben zwischen den zwei Lagern immer grösser wurde. Es ist zu hoffen, dass sich die Medienschaffenden in Zukunft ihrer Verantwortung als vierte Gewalt in unserem Staatswesen wieder bewusst werden. Gerade weil die meisten Medien mit Steuergeldern subventioniert werden, müssen sie eine Meinungsvielfalt zulassen und damit unsere Demokratie stärken.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE

«Wehret den (Nato-) Anfängen!»

Ich kann den Leserbrief von Roger E. Schärer mit dem obigen Titel (in der «Schweizerzeit» Nr. 23/2021) zwar weitgehend unterschreiben. Ich möchte zu seiner Person jedoch bemerken, dass er – obwohl Oberst aD – den Kauf des F-35 aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen bekämpft. Er war ein Exponent der Bewegung «Liberaler Aufruf – Nein zum Kampfjet-Blankoscheck». Als Mitglied des Initiativkomitees «Stopp F-35» unterstützt er nun die Armeeabschaffer von SPS, GSoA und Grünen. Urteilen Sie selbst.

Ernst Kägi, Neftenbach ZH

Zurück zur Vernunft!

Unsere hyperventilierenden Politiker und Wissenschaftler heizen dem Volk einmal mehr zünftig mit Angst und Panik ein. Ein Schreckens-Szenario nach dem anderen wird prophezeit. In Österreich haben sie schon das ganze Jahr hindurch strikte 3G-Massnahmen durchgeführt. Diese unsinnigen und un-



**Murmeltiersalbe
von Exmonte**
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40

5123

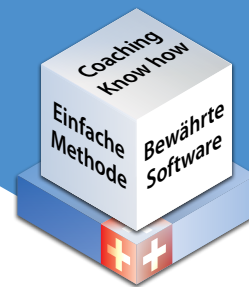
Leserinnen und Leser der Schweizerzeit haben seit Mitte September die Petition

Nein zum Bürgerkriegs-Import

unterzeichnet. Sie wurde mit diesen Unterschriften am 16. Dezember 2021 dem Bundesrat übermittelt.

Nach dem Zusammenbruch der US-Position in Afghanistan wurde insbesondere seitens Brüssel die ungeprüfte Aufnahme grosser Kontingente von sich als Flüchtlinge ausgebenden Migranten aus Afghanistan auch gegenüber der Schweiz gefordert. Weil auf diese Weise erfahrungsgemäss auch als Flüchtlinge getarnte Kämpfer, Terroristen und Kriminelle in unser Land gelangen würden, verlangt die Petition vom Bundesrat, für zwei Jahre jegliche Einwanderung von Muslimen zu unterbinden. Und auch danach dürfe unüberprüfte Einwanderung von Muslimen in die Schweiz nicht mehr geschehen. Aktivisten, die für Kampforganisationen Partei ergreifen oder gar zu Gewalttaten aufrufen, seien aus der Schweiz auszuweisen – was insbesondere auch für Hassprediger gelten müsse. Und Kriegstreiber könnten sich auf keine Härtefallklausel berufen. Wir werden die Leser sofort orientieren, sobald der Bundesrat zur Petition Stellung genommen hat. S.

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte!
Detaillierte Informationen finden Sie unter
www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch



nötigen Massnahmen haben jedoch nichts gebracht, die Fallzahlen gehen dennoch durch die Decke. Hört endlich auf, das Volk ständig immer wieder mit neuen willkürlichen Massnahmen einzuschüchtern. Solche fahrlässigen Politiker gehören abgewählt, und die «Massnahmen-gläubigen» Wissenschaftler gekündigt. Denn die Zahlen des Bundesamtes für Statistik beweisen klar, dass im Jahre 2020 bei den unter 80-Jährigen eine Untersterblichkeit festgestellt wurde.

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Die Marionette Lukaschenko

Lukaschenko wird die Massenmigrationswaffe nur so lange einsetzen können, als ihm der Strippenzieher im Hintergrund – Wladimir Putin – den Rücken stärkt. Bei Putin wird der Zeitpunkt kommen, wo er sich sagen muss: «Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.» Und er wird Lukaschenko wie eine heisse Kartoffel fallen lassen, wie und auf welche Art und Weise auch immer.

Andi Bichsel, Othmarsingen AG

Frankreich: Quo vadis?

Frankreich wird doppelt kolonisiert. Fremde Zivilisationen breiten sich in Frankreich aus und erset-

zen die französische. Zudem kaufen ausländische Konzerne die französischen Industrien auf. Beides sind Symptome der Schwäche des Staates und des Versagens der politischen Elite. Bleibt zu hoffen, dass eine bessere Regierung wieder bessere Zustände schafft.

Alex Schneider, Küttigen AG

Gedankensplitter Hans Krause (7)

Und anstelle von Heizöl

- Laut Bundesamt für Energie (BFE) braucht der gesamte schweizerische Gebäudepark heute jährlich 100 Terawattstunden, wovon drei Viertel für die Raumheizung, also 75 Terawattstunden. Davon fünfzig Prozent Heizöl und fünfundzwanzig Prozent Erdgas, somit rund 56 Terawattstunden fossile Energie.
- Will man die gesamte fossile Energie etwa durch Wärmepumpen mit einer Jahresarbeitszahl (JAZ) von 4 ersetzen, so benötigt dies 11,2 Terawattstunden elektrische Energie.
- Wieviel zusätzliche elektrische Energie wird demnach bis zum Jahr 2050 benötigt?

Sure 24 Vers 31 – oder die Angst der Islamisten



«Und sage den gläubigen Frauen, sie sollen ihre Augen niederschlagen und ihre Keuschheit bewahren, den Schmuck, den sie tragen, nicht offen zeigen und ihre Tücher über ihre Busen ziehen.» (Koran, Vers 31) Wahrlich, strenge Regeln des Propheten. Hält sich die islamische Welt in sklavischem Gehorsam daran, wie stets von ihr behauptet? Zweifel bestehen!

Flughafen Zürich vor der Pandemie: Flugpassagiere bevölkern die überfüllten Hallen. Eine Gruppe verhüllter Frauen blickt aus Sehschlitzen des Nikab auf die eingeschränkte Fläche, die ihnen männlicher Religionswahn belässt. Heuchelei im vorliegenden Fall. Ein Schweizer Flugbegleiter: «Die Gruppe war auf einem Luxusliner, der im östlichen Mittelmeer kreuzte. Die Frauen unterschieden sich in Bekleidung und Verhalten nicht von anderen weiblichen Passagieren: Bikini, offener Garderobe und schmuckbehangen. Sie waren nur über ihren Teint und ihre Sprache zu unterscheiden.» Interessant!

Hier in der Schweiz und anderswo fordert der Islam kategorisch, dass das Tragen von Burka, Kopftuch und Nikab im Gesetz des Gastlandes verankert wird – warum? Fusst die quälerische Kleidungsordnung

gegenüber der Frau weniger auf Allahs religiösem Gebot als eher auf der Besorgnis des männlichen Islamisten, dem Vergleich mit dem Pendant westlicher Prägung nicht standhalten zu können – weil ihr dieser die Kleiderwahl selbst überlässt und ihr so ein Freiheitsverhalten zugesteht, das der Islamist unter Zwangsausübung verweigert? Ausserdem gilt: «Der Mann muss sich beherrschen, nicht die Frau sich bedecken.»

Noch mehr religiös-dogmatische Unlogik dominiert die archaisch ausgerichtete Islamistenwelt. Bevor Afghanistans Taliban mit Waffengewalt die Macht ergriffen, verboten sie den Mohnanbau, der ihr Land zum grössten Heroinproduzenten weltweit gemacht hat. Nun aber, unter dem Zwang, die Streitmächte bewaffnen und bezahlen zu müssen, fördern sie den Mohnanbau: Cash flow versus Allahs Gebot. Und begründen es so: Ihr Heroin erreiche nur Ungläubige, das eigene Volk bleibe verschont! Solch moralisch-marode Doppelmoral hält gewisse westliche (auch Schweizer) Politiker nicht ab, Finanzhilfe für die aktuelle afghanische Regierung einzufordern.

Unterstützen wir also in unabdingbarer humanitärer Pflicht (!) die notleidende Bevölkerung? Oder unterstützen wir Afghanistans Terrorregime gegenüber dem eigenen Volk?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Traditionelle Berchtoldstag-Veranstaltung

Sonntag, 2. Januar 2022, 11.00 Uhr
Stadion Wankdorf, Gstaad Lounge

Christoph Blocher

«Würdigung grosser Stadtberner
Persönlichkeiten



Adrian von Bubenberg
(um 1434–1479)
Der Held von Murten



Karl Stauffer-Bern
(1857–1891)
Genie und Tragik



Markus Feldmann
(1897–1958)
Gegen braune und
rote Fäuste

**und ihre Bedeutung
für die heutige Schweiz»**

Türöffnung 9.30 Uhr, Eingang 71. Covid-Zertifikationskontrolle und Maskenpflicht.

Parkplätze im Parkhaus Wankdorf. **Tram Nr. 9** bis Guisanplatz

Verschiedene Züge bis S-Bahnhaltestelle Wankdorf. **RBS Linie 40** bis Wankdorf Center

Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Bei plötzlicher Änderung der Covid-Massnahmen Informationen auf www.blocher.ch

Weitere Informationen: www.blocher.ch – www.svp.ch – www.svp-bern.ch



Freiheit ist kein Wechselkleid – heute benutzt, morgen abgelegt, übermorgen übersehen – und dann glaubt man es einfach wieder einfordern zu können. Freiheit ist eine in gut achthundert Jahren erkämpfte Errungenschaft, die dem christlichen Abendland und dort jedem Bürger und jeder Bürgerin Demokratie gesichert hat, was diesem Abendland unverwechselbaren Charakter vermittelt.

Eine Generation, die nicht allen Einsatz zu leisten bereit ist, sich selbst und den Kommenden die Freiheit zu erhalten, wird diese Errungenschaft verspielen – wenn nicht für immer, dann gewiss für lange Jahrzehnte oder gar für Jahrhunderte.

Drei Sternstunden der europäischen Geschichte können als Meilensteine erkannt werden für Völker auf dem Weg zu freien, ihr Handeln im Rahmen der Demokratie selbstverantwortlich gestaltenden Nationen und Gesellschaften.

Die Magna Charta

Führend war England: 1215 wurden dem englischen König Bestimmungen abgerungen, welche vom Monarchen zuvor beanspruchte absolute, allzu oft willkürlich genutzte, frei jeder Bindung ausgelebte Macht bestimmten eingrenzenden Regeln unterwarf. So begann in England der Parlamentarismus.

Mit der Magna Charta war England beileibe noch keine Demokratie. Dennoch war diese Magna Charta in der Geschichte der Menschheit ein erster Wegweiser, der in Richtung Freiheit und Demokratie wies. Der Weg bis zum Ziel – freie Demokratie – erforderte allerdings weiteren, während Hunderten von Jahren zu leistenden Einsatz.

Ein der Magna Charta verwandtes, wenn auch eine weit kleinere Lebensgemeinschaft prägendes Dokument war der Bundesbrief der Eidgenossen – wobei dieser bald einmal – 1386 mit der Schlacht bei Sempach – den Weg wies in selbstverwaltete Körperschaft, die sich auch vom Adel zu befreien wusste. Womit – weltweit einzigartig – ein Weg in Richtung direkter Demokratie, Jahrhunderte später erreicht, geöffnet wurde.

Bill of Rights

Wiederum in England wurde dem König vom erstarken Parlament (noch weit entfernt vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht) am 7. Juni 1628 die Petition of Right präsentiert. Als Auftakt zur Durchsetzung des Grundsatzes, wonach dem König, der Obrigkeit die willkürliche Besteuerung und die (unter angeblichem Kriegerrecht allzu oft Tatsache gewordene) Ausplünderung der Bürger beschnitten und schliesslich untersagt wurde.

Das Recht der Besteuerung ging über aufs Parlament, das sich die Funktion der gesetzgebenden Behörde –

zunehmend auch den König bindend – Schritt für Schritt zu sichern wusste: Eine weitere wichtige Wegmarke auf dem Weg zum Verfassungsstaat, in eine dem Einzelnen und dem Land Freiheit sichernde demokratische Zukunft.

Habeas Corpus

Fünzig Jahre später, am 27. Mai 1679, wurde auch die sog. Habeas Corpus-Akte in England Tatsache. Sie verbot dem Monarchen, willkürlich über vermeintliche Untertanen zu verfügen, politische Gegner willkürlich zu inhaftieren. Jedem Verhafteten – als so schwer das ihm zugeschriebene Verbrechen auch erschien – musste gemäss dieser Akte eine begründete Anklage unterbreitet werden, die innert kurzer Frist von einem Gericht zu beurteilen war. Willkürliche Knechtung, willkürliche Verfügung über das Leben von Untertanen wurde der Staatsmacht also untersagt. Damit war ein weiterer Wegweiser gesetzt, der mehrere hundert Jahre später in den Rechtsstaat auf der Grundlage freier Demokratie mündete.

Es folgten weitere wichtige Etappen: Die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten 1776, die Schweizerische Bundesverfassung von 1848: Beides Meilensteine auf dem Weg in die sich im Abendland durchsetzende Demokratie.

Ein Vermächtnis bleibt: Freiheit – so selbstverständlich sie heute auch genutzt wird – ist eine von Generationen in Jahrhunderten erkämpfte Errungenschaft, die von sich und der Allgemeinheit verantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder neu bestätigt, bekräftigt, allenfalls auch zurückerkämpft werden muss.

Wer sie bloss «im Prinzip schon» anerkennt, heute aber anderen, Freiheit und Selbstverantwortung beschneidenden Massnahmen den Vorzug einräumt, der könnte – plötzlich erwachend – Verluste an Freiheit feststellen, die sich nur allzu bald – zumindest für die heutige Generation – als unwiederbringlich erweisen.

us

Freiheit

Akzent

moser reisen
hermann

Unsere Tagesfahrten im Winter

Wintertraum im Appenzellerland
Mittwoch, 29. Dezember 2021 à Fr. 120.00 pro Person
Leistungen: Carfahrt im Moser-Car, Berg- und Talfahrt, 3-Gang Mittagessen im Drehrestaurant Hoher Kasten

Pferdeschlittenfahrt in Davos
Mittwoch, 26. Januar 2022 à Fr. 115.00 pro Person
Leistungen: Carfahrt im Moser-Car, 3-Gang Mittagessen Restaurant Alpenhof, 1 1/4 Std. Pferdekutschenfahrt durch Davos

Winterwonderland Engelberg
Mittwoch, 23. Februar 2022 à Fr. 95.00 pro Person
Leistungen: Carfahrt im Moser-Car, Kaffee & Gipfeli im Glasi-Restaurant Adler, 3-Gang Mittagessen im Restaurant Wasserfall

Alle weiteren Informationen und weitere Reisen sowie unser Schutzkonzept finden Sie auf unserer Homepage moser-reisen.ch

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch



Freiheit bewahren – Freiheit verteidigen!

1956 wurde PRO LIBERTATE gegründet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und die Errichtung totalitärer Regimes in Osteuropa zeigten, dass Demokratien und freiheitliche Gesellschaften, auch nach der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur, in Gefahr lebten. Deshalb trägt PRO LIBERTATE ihre Zielsetzung im Namen: «Für die Freiheit». Und der Name ist heute aktueller denn je!

Oberst Thomas Fuchs, alt Nationalrat und Präsident PRO LIBERTATE

Jetzt bestellen!



**Sonderangebot
Jetzt profitieren**

Geschichte der Schweizer Neutralität

Vor fünf Jahrhunderten unterlagen die Eidgenossen in der Schlacht bei Marignano – und begründeten damit die immerwährende und bewaffnete Neutralität, die am Wiener Kongress 1815 von allen anderen Staaten anerkannt und bis heute von der ganzen Welt geschätzt wird. Bestellen Sie das umfangreiche Buch «Marignano 1515–2015» zum Spezialpreis von nur 29 Franken.

General Henri Guisan als Kulturträger

Henri Guisan führte als General die Schweiz durch die schwierigen und dunklen Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Sein Charisma strahlt bis heute nach. Die Vereinigung PRO LIBERTATE würdigt dieses Ereignis mit einer Gedenkmünze und einer informativen Broschüre, verfasst von Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg.

Ich bestelle _____ Expl. der **General-Guisan-Gedenkmünze** inkl. informativer Broschüre zum Preis von 25 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

Ich bestelle _____ Expl. des Buches **«Marignano 1515-2015»** zum Spezialpreis von 29 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

Bitte senden Sie mir weitere **Informationen über die Vereinigung PRO LIBERTATE** zu.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon einsenden an: **Thomas Fuchs, Pro Libertate, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern** (oder via info@prolibertate.ch, Tel. 079 302 10 09)

Massive rot-grüne Angriffe

Individualverkehr im Schussfeld

von Walter Wobmann, Nationalrat, Präsident FMS (Föderation der Motorradfahrer Schweiz)

Seit den eidgenössischen Wahlen 2019 haben die Parteien aus dem rot-grünen Lager eine regelrechte Offensive gegen den motorisierten Privatverkehr gestartet. Nur gemeinsam, wenn alle betroffenen Verbände mitmachen, können wir diese verheerende Entwicklung erfolgreich bekämpfen.



So hat SP-Nationalrätin Gabriela Suter mit einer Parlamentarischen Initiative (20.443) gesetzliche Grundlagen für den Einsatz von Lärmradargeräten (Lärmbliczern) analog den Geschwindigkeitsradargeräten verlangt. Ebenso will sie ein Fahrverbot für Motorräder mit einem Standpegel von über 95 Dezibel (20.444).

Nach intensiver Diskussion in der zuständigen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) ist es uns bürgerlichen Vertretern gelungen, gegen diese Forderung eine Mehrheit zu bilden, so dass Frau Suter ihre Initiative zugunsten einer Kommissionsmotion zurückgezogen hat. Der Bundesrat muss dem Parlament nun einen Gesetzesentwurf vorlegen, u.a. mit Massnahmen gegen illegal getunte Fahrzeuge sowie mit Sanktionen gegen übermässig lautes Fahrverhalten.

Aber es geht gleich weiter: Im kommenden Winter wird der nachstehende Katalog von Vorstössen ins Parlament kommen: Parlamentarische Initiative 21.441, Suter: Tempo 30 innerorts soll die Regel, Tempo 50 die Ausnahme sein; Parlamentarische Initiative 21.425, Grüne: Ab 2023 sollen nur noch Personenwagen und leichte Nutzfahrzeuge ohne fossilen Antrieb neu zugelassen werden; Motion 21.3696, Marionna Schlatter, Grüne: Auf Nebenstrassen ausserorts soll generell Tempo 60 gelten. Zudem sollen Städte und

Gemeinden versuchsweise Parkplatzgebühren für Motorräder einführen können, und Mobility-Pricing (also ein Wegzoll wie im Mittelalter) soll getestet werden.

Als Mitglied der Kommissionen UREK sowie auch KVF (Verkehr und Fernmeldewesen) bekämpfe ich solche Vorstösse vehement. Denn es gibt politische Kreise, die offensichtlich von der Idee besessen sind, dass die Leute nur noch mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr unterwegs sein sollen.

Alle betroffenen Verbände müssen diese verheerende Entwicklung gemeinsam bekämpfen. Ich bitte auch die Motorradfahrer(innen), sich zu organisieren und beispielsweise dem FMS (www.swissmoto.org) beizutreten. Nur gemeinsam werden wir Erfolg haben!

Walter Wobmann



Liebe Leserinnen und Leser

Am 7. März 2021 hat der Schweizer Souverän unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** angenommen. Dieser symbolhafte Abstimmungserfolg wurde auch dank Ihnen möglich. Namens des Egerkinger Komitees bedanke ich mich bei den Leserinnen und Lesern der «Schweizerzeit» herzlich für die Unterstützung.

Die Arbeit wird uns auch im neuen Jahr nicht ausgehen. Wieder lauter vorgebrachte Sonderforderungen radikaler Muslime (Muezzinrufe, Scharia-Recht usw.) erfordern unsere Wachsamkeit. **Damit die Schweiz Schweiz bleibt** und unsere christlichen Werte auch in Zukunft nicht auf dem Altar der «Political Correctnes» geopfert werden!

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann

Walter Wobmann

Nationalrat,

Präsident Egerkinger Komitee



BE Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

**Negativzinsen!
Und jetzt?**

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15 | CH-8302 Kloten
T +41 (0)44 815 59 01 | benno@ehrenspergerpartner.ch

Egerkinger
Komitee

www.egerkingerkomitee.ch | www.facebook.com/egerkingerkomitee



Keine Steuer- milliarden für Medien- millionäre

MEDIENGESETZ
NEIN
AM 13. FEBRUAR

Der Bund will die reichen Verleger neu jährlich mit 178 Millionen Franken subventionieren und damit von der Politik abhängig machen. Das ist Gift für die Demokratie. Darum: Sagen Sie am 13. Februar «Nein» zur unnötigen und schädlichen Staatsfinanzierung der Medien.

medien-massnahmenpaket-nein.ch



Milliarden an Grossverleger Geldgier regiert

Kein einziger grosser Zeitungsverlag* befindet sich in einer Notlage.

Im Gegenteil: Die Grossverlage scheffeln hunderte Millionen, Jahr für Jahr.

Ihr Erfolgsrezept: Sie nutzen ihre riesigen Adressbestände für Online-Handel im ganz grossen Stil (Wohnungs- und Stellenvermittlung, Automarkt, Produkte aller Art). Seit dem Joint-Venture von Ringier und TX-Gruppe operieren diese Online-Grosskonzerne nahezu konkurrenzlos. Milliarden fliessen in ihre Kassen.

Unter Corona-Regime erlitten die Ladengeschäfte enorme Einbrüche. Davon profitierten die Online-Riesen masslos.

Doch jetzt will Bundesbern diesen Grosskonzernen, den Corona-Profiteuren, auch noch gut 140 Millionen Franken jährlich an Subventionen direkt auszahlen – ergänzt mit vierzig weiteren Subventionsmillionen, unter anderem für Porto-Entlastung und Online-Anstrengungen.

Die Grossen werden gefüttert, die von Corona schwer getroffenen KMU massiv geschöpft! Was hat Bern mit derart krasser Bevorteilung der Grossverlage auf Kosten der KMU-Betriebe im Sinn?

* (TX = Tages-Anzeiger-Gruppe, Ringier = Blick & Co., CH-Media = AZ-Gruppe des Wanner-Konzerns)

Manipulations-Milliarden für Medienmogule?

NEIN zum
Medienförderungs-
gesetz!

KLIPP & KLAR

Die neuen Gesetze sehen folgende jährliche Mediensubventionen vor:

| Bereich | Subventionen in Mio. Franken | | |
|---|------------------------------|-------------|------------|
| | BEST. | NEU | TOTAL |
| Verbilligung Transporttaxen Tages-/Wochenzeitungen | 30 | +20 | 50 |
| Verbilligung Transporttaxen Mitgliedschafts-/Stiftungspresse | 20 | +10 | 30 |
| Verbilligung Früh- u. Sonntagszustellung Tages-/Wochenzeitungen | 0 | +40 | 40 |
| Aus-/Weiterbildung, Presserat, Nachrichtenagenturen, Verlags-IT | 3 | +25 | 28 |
| Online-Medien mit Publikumseinnahmen (Abo) | 0 | +30 | 30 |
| Total Mediensubventionen | 53 | +125 | 178 |

Zusammen mit den Geldern aus den TV-Abgaben und der reduzierten Mehrwertsteuer würden die Verleger die Steuerzahler künftig rund 400 Millionen Franken kosten, also über die nächsten 7 Jahre gegen 3 Milliarden!

SO FUNKTIONIERT BUNDESBERNS MEDIEN-NETZWERK

Jeder PR-Berater, der für im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehende Spitzenpersönlichkeiten arbeitet, weiss genau: Gerät die von ihm beratene («gecoachte») Person aufgrund unschöner Vorkommnisse ins Zwielicht, läuft jeder sachliche Rechtfertigungsversuch ins Leere, wird die Kritik an der angeschlagenen Spitzenpersönlichkeit nur lauter und heftiger.

Ein «Befreiungsschlag» gelingt nur, wenn – nahezu aus heiterem Himmel – eine neue, brisante, die Öffentlichkeit in Bann schlagende Geschichte – ob Tatsache oder erfunden – das Interesse der Knüller-süchtigen Medien in völlig neue Bahnen zu lenken vermag.

Bundesbern hat jüngst zusammen mit dem linken Medienkuchen eindrücklich bewiesen, wie solche «Ablenkungstechnik» inszeniert wird:

Der pandemiebedingt ständig im Rampenlicht stehende, von den linken Medienmachern hochgeschätzte Bundesrat Alain Berset geriet bedrohlich ins Zwielicht, als ruchbar wurde, er habe für private amouröse Abenteuer Spitzenpersonal seines Departements und ihm als Bundesrat zustehende Annehmlichkeiten (Bundesratlimousine mitsamt Chauffeur) missbräuchlich genutzt. Die Kritik an solchem Verhalten nahm positionsgefährdendes Ausmass an.

Da schlug die Nachricht, der Rücktritt Bundesrat Ueli Maurers stehe unmittelbar bevor, wie eine Bombe ein. Innert Minuten fiel Alain Berset aus den Schlagzeilen. Die Medien stürzten sich auf den angeblichen Bundesratsrücktritt. Sämtliche Redaktionen der Tageszeitungen (einzige Ausnahme: NZZ) setzten ihr gesamtes Personal für den als Sensation präsentierten angeblichen Rücktritt von Ueli Maurer ein. Im Halbstundentakt wurden Namen möglicher (angeblich konsultierter) Nachfolger präsentiert. Eimerweise schütteten die Medien Behauptungen in die Öffentlichkeit. Der Bundesratsrücktritt dominierte alles. Von Alain Berset kein Wort mehr.

Allerdings: Der behauptete Bundesratsrücktritt war eine kapitale Zeitungsente. Berns gesamte Medienmeute war der dürftigen Begründung dafür (Bundesrat Ueli Maurer sei dem diesjährigen SVP-Fraktionsausflug ferngeblieben) aufgefressen. Aber ihrem Getöse verdankt Berset sein Verschwinden aus den Medien-Schlagzeilen, was sich faktisch als Reinwaschung auswirkte. So rettete das linke Medien-Netzwerk zu Bundesbern den linken Gesundheitsminister.

Ist das ein Grund, die Steuerzahler jährlich um Millionen zu erleichtern, auf dass sie den Urhebern solcher üblicher Manöver zu gutekommen?



Bundes-Subventionen zur Beherrschung der Medien

Noch vor vierzig Jahren existierten in der Schweiz rund dreihundert eigenständige Tageszeitungen.

Meinungsvielfalt, demokratische Diskussion aller Standpunkte waren damit gewährleistet. Der Wettbewerb der Meinungen befruchtete die Demokratie.

Inzwischen haben die drei Grossverlage fast alle kleinen Regionalblätter geschluckt. Eintopf hat Meinungsvielfalt verdrängt. Bloss die NZZ-Gruppe (teilweise), die Weltwoche und kleinere Blätter (auch die Schweiz-erzeit) vermochten ihre Unabhängigkeit zu behaupten.

Aber jetzt will Bundesbern vor allem die Grossverlage massiv subventionieren – mit insgesamt 180 Millionen Franken im Jahr. Dies vorläufig für sieben Jahre: Mehr als eine Milliarde fliesst also an die Grossverlage – auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten der KMU-Betriebe.

Warum schüttet Bundesbern hunderte Millionen aus über Verlage, die nicht im geringsten Not leiden?

Bundesbern hat sich mit seinen riesigen PR-Apparaten Radio und Fernsehen, die von staatlich kontrollierter Gebührenerhebung leben, längst dienstbar gemacht. Soll jetzt mittels Subventionierung der Zeitungen auch die Meinungsäusserung in der Presse von Bundesbern kanalisiert und dominiert werden?

Zählt man die Zwangsgebühren für die elektronischen Medien und die geplanten Bundessubventionen an die Grossverlage zusammen, dann würden die Steuerzahler Jahr für Jahr um vierhundert Millionen (Fr. 400'000'000) geschröpft – auf dass die veröffentlichte Meinung Bundesberns Vorgaben unterworfen werde. Das darf nicht sein!



Milliarden für Staatsmedien: **NEIN!**

So fließen die Millionen

Würde das Medienförderungsgesetz angenommen, würden jährlich 180 Millionen Subventionen für vorerst sieben Jahre fließen. Total also 1,26 Milliarden Franken (Fr. 1'260'000'000).

140 Millionen sollen jährlich direkt den Tageszeitungen der jährlich hohe Gewinne abwerfenden Grossverlage zufließen. Mit weiteren rund vierzig Millionen wird Frühzustellung der Zeitungen und weitere Porto-Ermässigung subventioniert. Und auch die bisher erfolglosen rotgrünen Online-Portale der Grossverlage erhalten Fördermittel.

Zum ersten Mal in der Schweizer Subventionsgeschichte würden mit solcher «Medienförderung» hohe Subventionen an profitorientierte Unternehmen fließen. An jene Grossverlage, die im Jahr 2020 einen Gewinn von 258 Millionen Franken eingefahren haben.

Mittels «Medienförderung» werden keineswegs notleidende Zeitungen unterstützt. Bundesbern will mit Millionen, die es den Steuerzahlern abnimmt, die bisherige Meinungsäusserungsfreiheit in Meinungseintopf verwandeln. Eine andere Begründung für die vorgesehenen Millionen-Subventionen an die Medien lässt sich nicht finden.

«Die Medien sind die Wachhunde der Demokratie. Werden sie vom Staat bezahlt, schrumpfen sie zu Schosshündchen der Politiker.»



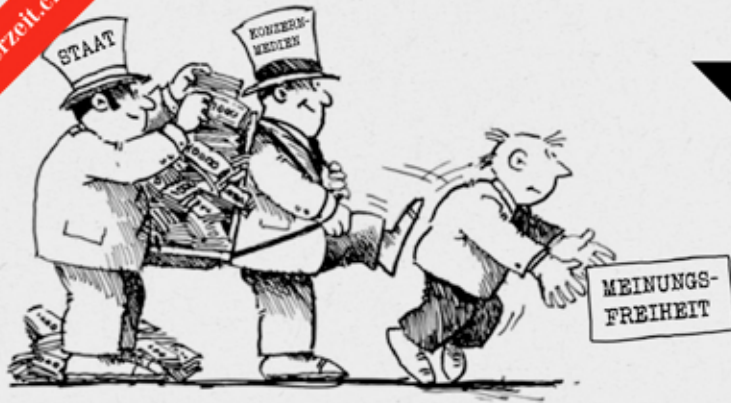
Philipp Gut
Kommunikationsunternehmer
und Verleger

«Die geplanten Milliarden-Subventionen bedeuten nicht nur das Ende der freien und unabhängigen Medien in der Schweiz. Mit dem Kauf der Medien zerstört die Politik auch unsere Meinungsfreiheit und -vielfalt.»



Peter Weigelt
Präsident des
Referendumskomitees





NEIN

- > zu Staatsmedien
- > zu Steuer-Milliarden für Medienmogule

Kern-Argumente

gegen das Gesetz über ein «Massnahmenpaket zugunsten der Medien»

Kein Steuergeld für reiche Verlage

- Die Staatsfinanzierung privater Medien ist unnötig und schädlich. Sie verschleudert Steuergeld, gefährdet die Demokratie und verzerrt den Markt.
- Die unverschämten Milliardensubventionen machen die Medien von der Politik abhängig. Damit verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit und Funktion als vierte Macht im Staat.
- Die Verlage brauchen keine Subventionen. Selbst im Coronajahr 2020 haben die grossen vier Medienkonzerne fast 300 Millionen Franken verdient.
- Zusammen mit den neu geplanten Subventionen von 178 Millionen kosten die privaten Medien die Steuerzahler rund 400 Millionen Franken im Jahr – in den nächsten 7 Jahren gegen 3 Milliarden!

Staat will Medien kontrollieren

- Eine lebendige Demokratie braucht unabhängige Medien. Als vierte Macht im Staat müssen sie Politik und Verwaltung kritisch über die Schulter schauen. Das Mediensubventions-Gesetz kehrt dies um: Nicht mehr die Medien kontrollieren den Staat, sondern der Staat will die Medien kontrollieren. Das ist Gift für unsere Demokratie.

Verfassungswidrig

- Die Wettbewerbskommission empfiehlt, die Subventionen «vollumfänglich zu streichen», da sie «verfassungswidrig» sind. Art. 93 der Bundesverfassung erlaubt nur die Förderung von Radio und TV. Die neuen direkten Subventionen sind ein Verfassungsbruch.

Nein zu gekauften Medien

- Die direkte Demokratie der Schweiz ist auf unabhängige Medien angewiesen. Jedoch: Wenn der Staat die Medien füttert, werden sie zu Staatsmedien. Der Volksmund weiss: «Wes Brot ich ess', des Lied ich sing.» Unsere Meinungsfreiheit darf nicht verkauft werden!



Jetzt Abstimmungskampagne unterstützen!

Per Internet schweizerzeit.ch/staatsmedien-nein:

Per Telefon (Bürozeiten) **052 301 31 00**:



Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, Schweizerzeit-Sonderdruck, Schweizerzeit zur Probe

Per Post: Abstimmungsmaterial gemäss Talon

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon/Mobile

Flyer verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:

..... (Anzahl) Exemplare des Schweizerzeit-Sonderdrucks

Eine Schweizerzeit zur Probe

Schweizerzeit
Postfach 54
8416 Flaach (ZH)
info@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

Spendenkonto:
Postkonto: 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9



Jetzt einfach online spenden!

Ich möchte spenden
Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein für Spende



☆☆☆
 Die Redaktion der «Schweizerzeit»
 wünscht allen Leserinnen und
 Lesern frohe Weihnachten und ein
 gesegnetes neues Jahr! ☆☆☆

Markt und Straßen stehn verlassen,
 Still erleuchtet jedes Haus,
 Sinnend geh' ich durch die Gassen,
 Alles sieht so festlich aus.

An den Fenstern haben Frauen
 Buntes Spielzeug fromm geschmückt,
 Tausend Kindlein stehn und schauen,
 Sind so wunderstill beglückt.

Und ich wandre aus den Mauern
 Bis hinaus in's freie Feld,
 Hehres Glänzen, heiliges Schauern!
 Wie so weit und still die Welt!

Sterne hoch die Kreise schlingen,
 Aus des Schnees Einsamkeit
 Steigt's wie wunderbares Singen –
 O du gnadenreiche Zeit!

(Joseph Freiherr von Eichendorff, 1788–1857)



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
 Lindenhofstrasse 6
 9630 Wattwil
 +41 71 988 22 00
 info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten
 Sie gerne
 persönlich
 und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Für KMU, die GROSS auffallen wollen:

Jetzt noch günstiger
mit unserem
WEIHNACHTSRABATT!



Werbefläche buchen:

info@blickfänger.ch | blickfänger.ch | 043 499 24 19



blickfänger.ch

Auffallend mobil. Auffallend günstig.

«Es sagte» ... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<DIE EU HÄTTE ANGESICHTS IHRER UNDEMOKRATISCHEN STRUKTUR NIEMALS DIE CHANCE, DER EU BEIZUTRETEN.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Boris Johnson, Premierminister Grossbritanniens;
- B Jean-Claude Juncker, ehem. Kommissionspräsident der EU;
- C Roger Köppel, Chefredaktor «Weltwoche»;
- D Martin Schulz, ehemaliger Präsident des EU-Parlaments, gescheiterter Kanzlerkandidat.

Die richtige Lösung lautet:

- D Martin Schulz

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Churz & Bündig

Das St. Galler Tagblatt orientierte die Öffentlichkeit am 7. Dezember online, dass «nach einem Österreicher und einem Deutschen nun ein Bayer» Direktor des Zürcher Opernhauses wurde. Besteht da Nachhilfebedarf an Länderkunde?

mitgeteilt von Kurt Koller, Lichtensteig

Jede politische Instanz sowohl in der Schweiz als auch in Europa schwärmt derzeit lauthals von Digitalisierung, von E-Mobilität, von allumfassender E-versorgter Infrastruktur. Und fast gleichzeitig jammert sie uns vor, ab 2025 drohe uns eine Strom-Mangellage. Auf die Verstandes-Mangellage müssen wir offensichtlich nicht bis 2025 warten.

*

Fachkräftemangel: Welche politische Instanz stimmt nicht dieses vielstimmige Klagelied Tag für Tag von Neuem an? Und klammert dabei krampfhaft aus, dass die von rot-grünen Bildungsfunktionären inszenierte Reformitis, welche das ganze Bildungswesen in der Schweiz seit Jahren heimsucht, vor allem auch Tag für Tag ihre Technikfeindlichkeit demonstriert.

us

Wo sind die Müllers und Meiers geblieben?

Anzeige

Wer in den 1960er Jahren in der Schweiz die Primarschule besucht hat, wird sich wahrscheinlich daran erinnern, dass die meisten seiner Mitschüler Schweizer waren. Die ausländischen Schüler waren damals eine kleine Minderheit.

Damit die Bevölkerungszahl eines Landes auch ohne Einwanderung konstant bleibt, braucht es eine nachhaltige Geburtenrate. Diese liegt bei 2,1 Kindern pro Frau oder anders ausgedrückt: 10 Ehepaare sollten 21 Kinder bekommen, damit es zu keinem Bevölkerungsverlust kommt. Im Jahr 1964 lag die Geburtenrate in der Schweiz bei 2,67 Kindern pro Frau. Das heisst: 100 Ehepaare haben 267 Kinder bekommen. Nach 1964 ist die Geburtenrate innerhalb von 12 Jahren abgestürzt und lag im Jahr 1976 bei nur 1,55 Kindern pro Frau. Seither pendelt die Geburtenrate um diesen tiefen Wert.

Weil 1976 zu wenige Schweizer Kinder geboren wurden, gab es im Jahr 2006 zu wenige Schweizerinnen im gebärfähigen Alter. Weil es im Jahr 2006 zu wenige Mütter gab und zudem die Geburtenrate zu tief war, werden im Jahr 2036 noch weniger Schweizer auf die Welt kommen.

Man muss nicht einmal ein Demografie-Experte sein, um zu erkennen, dass der geburtenstarke Jahrgang 1964 schon bald wegsterben wird. Für die kommenden Jahrzehnte heisst das: Viele alte Schweizer werden sterben und zu wenige junge

Schweizer werden auf die Welt kommen. Die Eidgenossen werden schon bald eine unbedeutende Minderheit im eigenen Land sein.

Statt die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen, hat man entschieden, die demografischen Probleme der Schweiz mit der Einwanderung zu lösen. Wenn man die niedrige Geburtenrate mit der Einwanderung bekämpft, kommt es automatisch zu einem Bevölkerungsaustausch. Wer die Werbung im Fernsehen und in den Zeitungen anschaut, erkennt schnell, dass dieser Bevölkerungsaustausch gewollt ist.

Jetzt wissen Sie auch, wo die Müllers und Meiers geblieben sind – sie sind nicht geboren worden! Schweizer, die nicht geboren wurden, besuchen keine Schule. Schweizer, die nicht geboren wurden, sind den Politikern egal, denn Schweizer, die nicht geboren wurden, gehen nicht wählen.

Falls Sie wissen wollen, was die Tagesschau und die Zeitungen verschweigen, sollten Sie diese beiden Bücher von Dudo Erny lesen:

Das Verschwinden der Europäer

(ISBN: 978-3-7357-0709-3)

Warum die Schweizer aussterben werden

(ISBN: 978-3-7460-5258-8)

Beide Bücher können Sie bei der Redaktion der Schweizerzeit bestellen.

FITNESS ISLAND

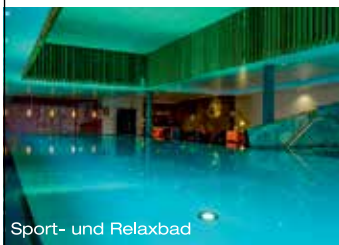
FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

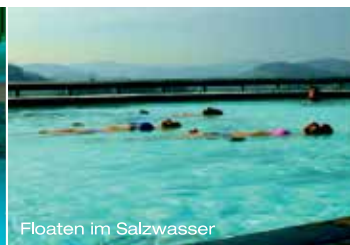
Onlineshop: www.4spa.ch



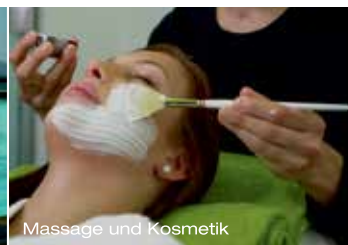
Schenken Sie Gesundheit und Wohlbefinden mit Fitness Island Gutscheinen!



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



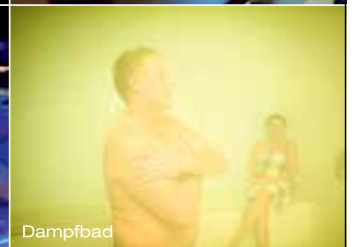
Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



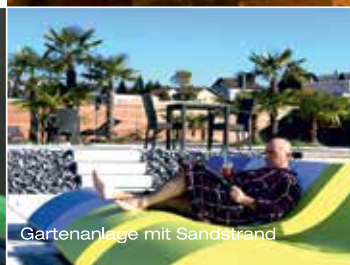
Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Der Tatbestand der «untauglichen Versuchs»

Lösegeldzahlung ohne Erpressung

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Wer erpresst wird und bezahlt, hat bereits verloren. Die Chancen, dass die Täter bei einer sofortigen Bezahlung keine weiteren Forderungen stellen, sinken oft gegen Null.



Weshalb dürfte klar sein: Wer schnell das Portemonnaie zückt, ist in den Augen einer Täterschaft auch bereit, dieses ein zweites Mal zu zücken. Deshalb rät die Polizei dringend davon ab, im Erpressungsfall auf die Täterforderungen einzugehen. Selbstverständlich müssen die Behörden in bestimmten Situationen einen gewissen Spielraum haben. Gerade bei Personenentführungen in Hochrisikogebieten, namentlich im afrikanischen und arabischen Raum, kann es zu Geldzahlungen kommen, wobei derartige Verhandlungen nur mit erfahrenen Spezialisten zum Erfolg führen können.

Zahlung aus Angst

In der vergangenen Herbstsession wollte nun die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates das Gegenteil durchboxen, weil man nicht *eine* Kohäsionsmilliarde, sondern gleich *zwei* Milliarden an die EU überweisen wollte. Es ging hier nicht um die Zahlungsverweigerung aufgrund einer Erpressung, sondern um eine Zahlung aus Angst, man könnte sonst erpresst bzw. unter Druck gesetzt werden. Man wollte die EU milde stimmen, weil der Bundesrat das Rahmenabkommen versenkt hat und somit der Zugang zum EU-Forschungsprogramm dahinfiel. Selbstverständlich sind jene Parlamentsmitglieder, welche den Entscheid des Bundesrates zur Beerdigung des Rahmenabkommens bedauern, die gleichen, welche unser Steuergeld mit der grossen Kelle in der EU verteilen wollen und nichts Verwerfliches daran finden, dass grosse Teile in dubiosen Kanälen verschwinden.

Politik der «Beschwichtigung»

Interessanterweise erfolgten aber von Brüssel aus keinerlei Druckversuche auf die Schweiz im Zusammenhang mit der Zahlung der Kohäsionsmilliarde. Um es kriminalistisch auszudrücken: Es macht den Anschein, dass man bereits aus einem diffusen Unwohlgefühl heraus die EU-Granden beschwichtigen wollte, und dazu eignet sich offensichtlich unser Steuersubstrat für gewisse links-grüne Kreise vortrefflich. Letztendlich ist es ein Hohn. Wir sollten nach der Meinung von SP, Grünen und Grünliberalen, sowie einzelner FDP- und Mitte-Vertreter, ungefragt und ohne Not einen riesigen Betrag an die Europäische Union überweisen, welche diese Geldzahlung gar nicht eingefordert hat und im Endeffekt nicht einmal weiss, wofür dieser Geldsegen verwendet werden soll. An dieser Stelle ist es angebracht, den juristisch nicht durchwegs korrekten Bogen zum Strafrecht zu machen. Wer

in die Bundeskasse greift und Bestrebungen unternimmt, fremdes Geld einer Organisation zu übergeben, weil er aus seiner Sicht eine angerbliche Erpressung verhindern will, bewegt sich nahe am Tatbestand des «untauglichen Versuchs» nach Artikel 22 unseres Strafgesetzbuches. In seinem Strafrechtskommentar hält Andreas Donatsch fest, dass der «untaugliche Versuch» voraussetzt, dass der Täter «aus grobem Unverstand» gehandelt hat und die Untauglichkeit des Versuchs von jedem normal denkenden Menschen ohne weiteres erkannt werden wäre und vom Täter nur aus besonderer Dummheit verkannt worden ist.

Mit Blick auf die politischen Befürworter könnte der Kommentar Donatsch nicht treffender sein. Wie wäre es mit umgekehrtem Zeichen? Wenn die Schweiz beim EU-Forschungsprogramm ausgeschlossen bleibt, gibt es überhaupt keinen Zaster – auch nicht eine Milliarde. So einfach wäre das!

Markus Melzl

Machen Sie sich selbstständig



Nutzen Sie unseren Weg zu Ihrer persönlichen und finanziellen Unabhängigkeit.

Werden Sie Franchisepartner!

Wir bieten einen erprobten Weg im Bereich der Gesundheit.

Sie bringen mit:

- Sympathisches Auftreten
- dynamische Denk- und Arbeitsweise
- Erfahrungen im Verkauf
- Einsatzbereitschaft
- Freude an Beratung, Coaching, Motivation
- Eigenkapital erforderlich

**Melden Sie sich jetzt!
Ich freue mich auf
Ihren Anruf.**

ParaMediForm AG

Martin Häcki, Geschäftsführer
Schützenmattstrasse 3

5600 Lenzburg • **Telefon 062 888 88 28**

info@paramediform.ch • www.paramediform.ch



Schlank werden • Schlank sein • Schlank bleiben



schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik

Schenk AG Heldswil

Neubuch 5

9216 Heldswil

T +41 71 642 37 42

info@schenkag.com

www.schenkag.com

Mit Panikmache vom Versagen ablenken



«Wegen Corona: Die Zürcher Spitäler sind voll» (Limmattaler Zeitung, 1.12.21). «Immer mehr Spitäler am Anschlag» (Blick, 1.12.21). «Mutation Omikron wird in der Schweiz schon in wenigen Tagen dominieren» (Tages-Anzeiger, 10.12.21). Bundesrat Berset: «Die Situation ist sehr ernst.» Uns wird eine Horrormeldung nach der anderen um die Ohren geschlagen. Doch die trockene Statistik gibt uns die korrekte Antwort, warum die Spitäler «zum Bersten voll» (Watson, 3.12.21) sind.

Anfang November 2020 gab es im 7-Tage-Schnitt fast siebenmal so viele Hospitalisationen wie ein Jahr später. Zusätzlich haben wir heute eine Immunisierungsrate von über 80 Prozent. Doch unser Problem ist: In den letzten 18 Monaten hat der Staat 45 Prozent aller Intensivbetten abgebaut. Das sind über 700 Betten weniger. Zudem haben bis zu 15 Prozent des Personals auf der Intensivpflege gekündigt. Bundesrat Berset gibt 100 Millionen Steuerfranken für «Impfkonzerte» und eine Marketing-Kampagne aus. Hätte der Staat auch nur einen Teil des Geldes mit einem einvernehmlichen

Hinter feindlichen Linien

Kündigungsverbot für zwei Jahre an das Spitalpersonal verteilt, es gäbe keinen Personalnotstand.

Vor wenigen Tagen sagte ein Gesundheitsökonom: «Jetzt muss die Armee den Aufbau neuer Intensivbetten übernehmen.» Warum kommt das dem Bundesrat nicht in den Sinn? Warum wurden in den letzten 18 Monaten Armeeangehörige nicht zur Unterstützung des Spitalpersonals ausgebildet? Warum wird die Hochrisikogruppe der über 80-Jährigen nicht endlich korrekt geschützt? In dieser Altersklasse gibt es bislang fast 8'000 Tote. Hingegen bei den 20- bis 39-Jährigen gibt es «nur» 19 Tote zu beklagen. Warum diskutiert der Bundesrat die Schliessung von Tanzlokalen, schützt aber die Pflegeheime mit den Hochrisikogruppen immer noch nicht? Der Bundesrat versagt. Deshalb die mediale Panikmache.

Bei Panik schaltet das Gehirn in den Überlebensmodus. Denken ist dabei nicht mehr möglich. Das Gehirn kann dann nicht einmal mehr die gespeicherten Informationen abrufen. Wir sollen uns nicht an das staatliche Versagen erinnern.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Ihr Partner für Online-Kampagnen

openbyte^o

openbyte.ch

Bahnhofplatz 7, 8400 Winterthur

PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

1111

METER ÜBER MEER
DIREKT AN DER SKIPISTE

TOP

PAUSCHAL ANGEBOTE
AUCH MIT DEM TOP-4 SKIPASS

ski in & out

Fam. Grossniklaus
Aspen 1
CH-3818 GrindelwaldASPEN
alpin_lifestyle_hotel
GrindelwaldTel. +41 33 854 40 00
info@hotel-aspen.ch
www.hotel-aspen.ch

Eiger Express

INMITTEN DER
NEUEN V-BAHN

Männlichenbahn



STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Geschlechtsumwandlung

Der SCHWEIZER SOLDAT fragte in Bern nach: «Was, wenn ein männlicher Angehöriger der Armee (AdA) während seiner Dienstzeit zur Frau wird?»

«Armeeangehörige, die eine Geschlechtsumwandlung vornehmen wollen, sind grundsätzlich auf Beginn dieser Umwandlung nicht mehr militärdiensttauglich», präzisiert Stefan Hofer. Dies umfasse natürlich auch die Zahlung des Wehrpflichtersatzes. Eine Frau muss in keinem Fall den Wehrpflichtersatz zahlen.

«Sollten diese Personen aber den Wunsch haben, weiter Militärdienst zu leisten, so werden sie für die Zeit der Umwandlung vom Militärdienst dispensiert und nach ein bis zwei Jahren bezüglich Diensttauglichkeit neu beurteilt», ergänzt Hofer.

(Schweizer Soldat, Dezember 2021)

Intensivbetten

Bis heute wurde nichts unternommen, um die Lage im Gesundheitswesen zu verbessern. Im Gegenteil: Bundesrat und BAG nehmen es widerspruchslos hin, dass

heute weniger Intensiv-Personal und damit -Betten zur Verfügung stehen als zu Beginn der Pandemie.

Heute ist die Zahl der mit Covid-Patienten belegten Intensivbetten nur noch halb so hoch wie während der ersten und zweiten Welle, trotzdem will man der Bevölkerung weismachen, dass unser jährlich über 80 Milliarden Franken verschlingendes Gesundheitssystem nicht in der Lage ist, damit umzugehen.

Alain Berset sagte dazu am Dienstag im Parlament: «Wir verfügen nicht über die Kenntnisse, die Informationen und Statistiken, um das (die Aufstockung der Kapazitäten in den Spitälern) wirklich glaubwürdig tun zu können.»

Die NZZ kritisiert zu Recht: «Ein Gesundheitsminister, der nach bald zwei Jahren Pandemie nicht genau weiss, was in den Spitälern tatsächlich läuft?» Angesichts dieses Versagens ist es nicht mehr zu rechtfertigen, dass der Bundesrat an der besonderen Lage festhält, denn die sonst zuständigen Kantone sind offensichtlich besser gerüstet.

(SVP, 10. Dezember 2021)

Rot-Grün-Deutschland

Die Armutszuwanderung soll ausgeweitet und künftig mit einem Sofortpass belohnt, auf die bislang erforderlichen Sprachkenntnisse verzichtet werden. Die neuen Zuwanderer werden sich mit ihrem Kreuz bei den Gönnern bedanken; so wird Zuwanderung in künftige Wahlerfolge transformiert. Hinter der Migrationspolitik steht die Vision einer multikulturellen Gesellschaft ohne eigenen kulturellen Kern, mit umfassenden Quoten für Minderheiten sowie allerlei Zensur – etwa Strafandrohungen für jene, die dies kritisieren.

Die bisherige «Ehe für alle» wird ergänzt um Regelungen für die Vielehe, die auch endlich die Kinderbräute legalisieren soll; denn die spiessigen bisherigen Verbote belasten doch bestimmte Migranten sehr beim Import ihrer Spielzeuge. Sanktionen im Hartz-IV-System werden abgeschafft und Deutschland für Armutmigration noch attraktiver. Der ohnehin überdehnte Sozialstaat wird einer solchen Politik nicht gewachsen sein, aber wozu kann man Schulden machen? Die Renten sollen steigen, die Beiträge nicht: Lachen Sie mit.

Zukünftig darf jeder sein Geschlecht selber wählen; sollten sich Eltern oder gar Ärzte dem Wunsch von 14-Jährigen entgegenstellen, die operativ ihr Geschlecht ändern wollen, dann kann dies als Transsexuellen-Diskriminierung bestraft werden. Minderheiten stehen unter Schutz und werden in vielerlei Formen und mit viel Geld gefördert.

(Roland Tichy, Tichys Einblick, 01/2022)



Lebenshilfe für Tiere

Tierkommunikation, Homöopathie, Bachblüten und natürliche Heilmethoden

ANGEBOT FÜR IHRE TIERE:

- Tierkommunikation
- Reiki Heilpendeln und Tierkinesiologie, dies alles ist geeignet zur Vorbeugung und um gesundheitliche Probleme körperlich/seelisch/geistige wie Schmerzen, Stress, Allergien, Futterunverträglichkeiten usw. ausfindig zu machen und zu harmonisieren
- Austesten von Bachblüten, Homöopathie, Futter usw. zur Vorsorge und für alle gesundheitlichen Probleme
- Pendeln, Orten vermisster Tiere
- Ferienplätze

KONTAKT:

Barbara Gyger | T 079 698 66 06 | barbaragyger@gmx.ch

Mehr Informationen und Referenzen sind auf der Webseite www.lebenshilfefuertiere.ch



Das Büro Ha deckt auf!



Maskenball in Glasgow: Die rote Simonetta war mit von der Partie. Der finale Worthülsen-Event zur Ablenkung vom Corona-Theater ist endlich vorbei. Selbstverständlich ist unsere Bundesrätin mit dem Bundesratsjet geflogen und im besten Schuppen Glasgows abgestiegen. Wichtig: Hohle Sprüche klopfen («Der Klimawandel verschont kein Land») und immer eine Maske tragen. Weiter: «Das Schweizer Team gibt sein Bestes». Also grosse Sprüche klopfen und zuhause das Gegenteil machen. Letztes Jahr erwarb die oberste Umwelt-Predigerin mit ihrem Mann ein stolzes Haus mit drei Wohnungen an bester Berner Lage zum Preis von knapp vier Millionen Franken. Echt kapitalistisch für eine Alt-Sozialistin. In diesem Haus wird noch (traditionell) mit «OFO» geheizt – also old fashioned oil. Auch nach der umfassenden Renovation. Wasser predigen und Wein trinken bzw. saufen!

Stopp der Ausbreitung des radikalen Islam in der Schweiz: So lautet der Titel einer entsprechenden Motion von Nationalrat Walter Wobmann, SVP/SO. Er verlangt ein Verbot der Finanzierung von islamischen Einrichtungen aus dem Ausland, die Überwachung der Moscheen und einen uneingeschränkten Informationsaustausch zwischen den Behörden – und für temporär einreisende Prediger in Moscheen sollen keine Visa mehr ausgestellt werden. Resultat: Der Bundesrat hat die Motion abgelehnt. Frau KKS – die Betroffenheits-Bundesrätin – beurteilt das «Ansinnen» als «diskriminierend» und «verfassungswidrig». Weiter würden die Massnahmen dem Prinzip der «Verhältnismässigkeit» widersprechen. Und schliesslich behauptet KKS noch unverfroren, dass alle einreisenden Flüchtlinge «überprüft» würden. Eine glatte Lüge, angesichts der offenen Grenzen. Abschliessend noch die Worthülse der wirklich Ahnungslosen: «Es gibt immer ein Restrisiko. Die Behörden sind sehr bemüht, dieses Restrisiko, wenn immer möglich, zu eliminieren.» Also das Prinzip Hoffnung als Strategie – blah, blah, blah ... Bis es wieder knallt. Hauptsache, der persönliche Friseur ist im Bundeshaus allzeit bereit.

Tis Hagmann

«Gstürm» um Stürm

Dass der Film über den Berufskriminellen Walter Stürm (1942–1999) derzeit Schlagzeilen macht und durchwegs positive Kommentare erntet, ist m.E. pervers. Denn es geht hier nicht um allfällige schauspielerische Leistungen, sondern allein um die Frage: Taugt dieser Verbrecher als Filmheld?

Bekanntlich wurde Stürm als «Ausbrecherkönig» und «Freiheitsheld» schon in den 70er und 80er Jahren von der Linken regelrecht gefeiert. Und die Realität? Stürm wurde nach Vorstrafen bereits 1964, u.a. wegen gewerbsmässigem, fortgesetztem Diebstahl, zu einer unbedingten Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt. In der Folge fälschte er Pässe und andere Dokumente und verübte mit Komplizen diverse Einbruchdiebstähle. 1970 wurde der mehrfache Ausbrecher in Einzelhaft gesetzt – und damit definitiv zur Symbolfigur linker Politiker und Kulturschaffender. Mit Inseraten gegen die «Isolation in den Hochsicherheitsgefängnissen» setzten sich u.a. SP-Nationalrätin Lilian Uchtenhagen, der Filmemacher Markus Imhof und der Schriftsteller Niklaus Meienberg für Stürm ein. 1998, kurz nach der Entlassung aus dem Gefängnis, überfiel er, zusammen mit dem Verbrecher Hugo Portmann, erneut eine Bank samt Geiselnahme und wurde danach im ausbruchssicheren Gefängnis Frauenfeld inhaftiert, wo er 1999 Selbstmord beging.

Auf seinen zumeist bewaffneten Raubzügen ging Stürm völlig skrupellos vor. So nahm der Held der Linken bei seiner letzten Straftat eine junge Mutter und ihre kleinen Kinder als Geiseln, fesselte sie und lauerte mit der total verängstigten Familie dem Familienvater auf, um mit dieser zusätzlichen Geisel den Einbruch in die Bank zu erzwingen. Daher meine Fragen: Was haben sich die Filmproduzenten und die «Filmförderer» des Bundes (der Film wurde von der Eidgenossenschaft unterstützt) wohl überlegt? Und zweitens: Taugt Stürm als Filmheld? Urteilen Sie selbst!

Hans Fehr

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt. + Versand bar (10 P. = 10.–)

OCoTex AG – 041 799 50 00

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage!



Janosch Weyermann
Grossratskandidat, Bern

Thomas Fuchs
Grossratskandidat, Bern

Sandra Schneider
Grossrätin, Biel/Bienne

Patrick Freudiger
Grossrat, Langenthal

Das ideale Geschenk zu Weihnachten:

Wie sich die Schweiz rettete

In diesem umfassenden Grundlagenbuch beleuchtet Josef Mächler die Schweiz von 1939 bis 1945. Dem Autor ist es dabei ein Anliegen, die ideologisch gewordene Geschichtsschreibung über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg wieder auf gesicherte Fakten zu positionieren.



548 Seiten starkes Standardwerk
Spezialpreis: 49 Franken
statt 79 Franken

PRO + LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Freiheit bewahren – Freiheit verteidigen!

1956 wurde PRO LIBERTATE gegründet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und die Errichtung totalitärer Regimes in Osteuropa zeigten, dass Demokratien und freiheitliche Gesellschaften, auch nach der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur, in Gefahr lebten. Deshalb trägt PRO LIBERTATE ihre Zielsetzung im Namen: «Für die Freiheit». Und der Name ist heute aktueller denn je!

Ich bestelle _____ Expl. des Buches **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Preis von 49 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

Bitte senden Sie mir weitere **Informationen über die Vereinigung PRO LIBERTATE** zu (www.prolibertate.ch).

Vorname, Name _____
 Adresse _____
 PLZ, Ort _____
 Tel./E-Mail _____
 Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Thomas Fuchs, Pro Libertate, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
 (oder via info@prolibertate.ch, Tel. 079 302 10 09, Thomas Fuchs, Präsident)



Schweizer Samariter-Atlas mit Rezepten und Ausflugstipps

Mit unseren Samariter-Atlanten bieten wir Ihnen Informatives zu den Themen «Kräuter & Gewürze» und «Kern- und Steinobst». Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugstipps inspirieren.

Unterstützen Sie die Samariter! Ihr wertvoller Beitrag ermöglicht es uns, Erste Hilfe im Alltag sicherzustellen und das Wissen um lebensrettende Erste Hilfe-Massnahmen weiterzugeben.

Danke für Ihre Spende!
 Samaritervereinigung Bern, PC 30-4146-7
 IBAN CH62 0900 0000 3000 4146 7

Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugstipps und lehrreichen Informationen (Umfang: je 74 Seiten; Preis: 10 Franken pro Exemplar)

_____ Expl. «Kern- und Steinobst»

_____ Expl. «Kräuter und Gewürze»

Ich möchte Mitglied/Gönner der Samariter werden.

Ich möchte die Samariter finanziell unterstützen. Bitte senden Sie einen Einzahlungsschein zu.

Vorname, Name _____
 Adresse _____
 PLZ, Ort _____
 Tel./E-Mail _____
 Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
 Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, samariter@gmx.ch



Samaritervereinigung Bern
www.bernarsamariter.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 29)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Gegen die Jahresmitte 2004 kommt unser Kampf gegen den Schengen/Dublin-Beitritt mehr und mehr in die «heisse» Phase. Wir erstellen umfassende Argumentarien und starten eine breit angelegte Aufklärungskampagne mit Inseraten, um aufzuzeigen: Schengen – mit der Abschaffung der Personenkontrollen an unserer Landesgrenze – bringt ein grenzenloses

Europa und «Freie Fahrt für Kriminelle».

und Pfauenfeder herumstolziert und mit Verachtung auf seine Landsleute herabblickt. Und er weiss – gegenüber seinem Oheim Attinghausen – genau, wie der habsburgische Druck wegzunehmen und seine Heimat zu retten ist:

«Es kostete ein einzig leichtes Wort, um augenblicks des Dranges los zu sein und einen gnäd'gen Kaiser zu gewinnen.»

Und direkt zu Attinghausen gewandt, fährt Rudenz fort: «Habt Ihr nicht höhern Stolz, als hier Landammann oder Bannerherr zu sein und neben diesen Hirten zu regieren?

Wie? Ist's nicht eine rühmlichere Wahl, zu huldigen dem königlichen Herrn, sich an sein glänzend Lager anzuschliessen. (...) Anderswo geschehen Taten, eine Welt des Ruhms bewegt sich glänzend jenseits dieser Berge.»

Und Rudenz doziert weiter:

«Vergebens widerstehen wir dem König, die Welt gehört ihm, wollen wir allein uns eigensinnig steifen und verstocken, die Länderketten ihm zu unterbrechen, die er gewaltig rings um uns gezogen? (...) Von seinen Ländern wie mit einem Netz, sind wir umgarnet rings und eingeschlossen.»

Dazu der Kommentar der Auns: **Die vom genialen Schiller beschriebene Kleinmütigkeit, Renommiersucht und internationale Wichtig-**

tuerei und die damit einhergehenden Minderwertigkeitskomplexe gegenüber supranationaler «Grösse und Macht» sind heute so aktuell wie vor über 700 Jahren. Das zeigt sich auch mit dem Schengen-Vertrag (und später mit dem sogenannten Rahmenvertrag).

*

Gleichzeitig wird aus dem Bundeshaus – natürlich mit Steuergeldern – insgeheim eine breit angelegte Kampagne pro Schengen unter dem Deckmantel «Schengen/Dublin-Informationskonzept» geführt. Dieses «Konzept» stellt alle bisherigen bundesrätlichen Abstimmungs-Manipulationen in den Schatten. Unter der Ägide des Integrationsbüros (es ist Bundesrätin Calmy-Rey und Bundespräsident Deiss unterstellt) und des Bundesamtes für Justiz ist zur Lobpreisung von Schengen/Dublin verwaltungsübergreifend und unter Einbezug zahlreicher «Zielgruppen» ein Manipulations-Netzwerk auf die Beine gestellt worden, das seinesgleichen sucht. Dieses Netzwerk wird v.a. durch Bundesgelder finanziert und betätigt sich im Auftrag des Bundesrates als Schengen-Propagandazentrale.

Ins gleiche Kapitel skandalöser Staatspropaganda gehört die Unterstützung der «Schweizer Revue» für Auslandsschweizer, die 360'000-fach erscheint, sich ebenfalls massiv als Schengen-Propagandablatt gebärdet und seit 1995 über 20 Millionen Franken Bundesgelder (sprich Steuergelder) erhalten hat.

Grenzkontrolle an die weissrussisch-ukrainische Grenze abschieben?

Der Bundesrat will Schengen beitreten. Damit werden die Personen-Kontrollen an unserer Landesgrenze abgeschafft. Die Grenzkontrolle wird an die löchrige "Schengener Aussengrenze" abgeschoben. Die gravierende Folge: Freie Fahrt für Kriminelle.

Darum sagt die AUNS Nein zur Schengener Illusion.

Werden auch Sie Mitglied der **AUNS ASIN ASNI** 44'000 Mitglieder

Ich unterstütze die AUNS als Mitglied Ehepaar, Gönner, Sympathisant
 Jahresbeiträge: Mitglied Fr. 25.- (Ehepaar Fr. 50.-), Gönner Fr. 100.-, Sympathisant nach freiem Ermessen
 Senden Sie mir Ihre Dokumentation PC 30-10011-5

Vorname, Name _____
 Adresse _____
 PLZ, Ort _____
 Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16 Fax: 031 356 27 28 Internet: www.auns.ch

Im Hinblick auf «Schengen» und den von den «Heimatmüden» vorangetriebenen EU-Beitritt erweist sich zum 1. August das geniale Meisterwerk «Wilhelm Tell» von Friedrich Schiller (1759–1805) als wahre Fundgrube, um jenen Kreisen den Spiegel vorzuhalten, die unser Land mit seinen besonderen Stärken innerlich bereits aufgegeben haben und sich nach internationalen Pöstchen und Auftritten auf grossen Uno- und EU-Bühnen sehnen.

Eine besonders symbolträchtige Figur ist Schillers Rudenz, der nach einem Aufenthalt am Fürstenhof in Seide, Purpur

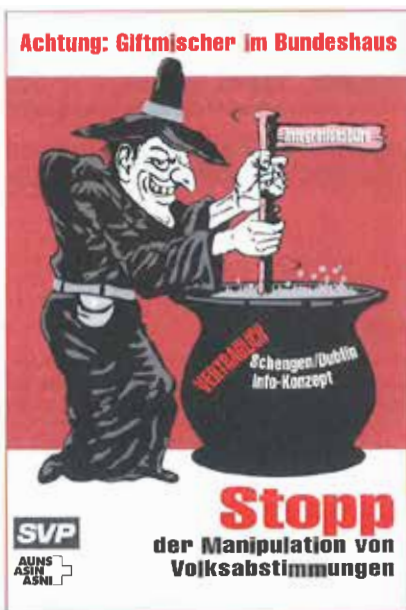
Freunde der FREIHEITSTRYCHLER

Werden sie Mitglied, Gönner oder helfen sie mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Spendenkonto:
 Schwyzer Kantonalbank, Parkstrasse 3, 6410 Goldau
 Kontoname: Freunde der Freiheitstrychler
 IBAN Nummer: CH12 0077 7009 1481 8542 4

Postadresse:
 Freunde der FREIHEITSTRYCHLER
 Gerliswilstrasse 69, 6020 Emmenbrücke

www.freunde.der.freiheitstrychler.ch



Wir prangern diese Machenschaften an einer Auns-Pressekonferenz an und illustrieren das Ganze mit einem Plakat, das die «Giftmischer im Bundeshaus» an den Pranger stellt.

Zudem agieren wir mit parlamentarischen Vorstössen, öffentlichen Veranstaltungen, Strassenaktionen und Leserbriefkampagnen und verbreiten «auf allen Kanälen» Informationen über die

gravierenden Folgen von Schengen. Der Start zur Referendums-Unterschriftensammlung gegen Schengen erfolgt – wie bereits erwähnt – mit einer Grossaktion am 28. Dezember 2004 gleichzeitig in über 20 Städten.

*

Nach dem überraschenden Rücktritt von SVP-Regierungsrat und Finanzdirektor **Christian Huber**, Pfäffikon, der sich nach eigenem Bekunden mit der «Rennleitung» der SVP überworfen hat, wird **Toni Bortoluzzi**, Nationalrat seit 1991 und Schreinerei-Inhaber in Affoltern a. A., von den Delegierten am 1. November 2004 einstimmig für die Ersatzwahl vom 27. Februar 2005 nominiert. Man ist

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich unterstütze die Schweizerzeit mit einem Kampfbeitrag von 100 Franken (Magazin 80, Aktionen 20 Franken)

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Mit der Bezahlung des Kampfbeitrags erhalten Sie vollen Zutritt vom Schweizerzeit-Online-Auftritt (inkl. Online-Ausgabe der Schweizerzeit). Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Mailadresse mit via www.schweizerzeit.ch

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»



Weihnachtsfest

Man kennt und liebt den Königssohn, der einst vom hohen Himmelsthron herabgestiegen ist zur Erde, auf dass hier unten Friede werde.

Sein Stern blieb nicht – wie vorgesehen – beim Schlosse des Herodes stehen; und so begann das Weihnachtsfest zu Bethlehem, dem kleinen Nest.

Drum merkt euch! Erstens: Grosses startet nicht unbedingt, wo man's erwartet, und zweitens können auch die Schwachen bisweilen Karriere machen.



Toni Bortoluzzi



Bruno Heinzelmänn

überzeugt, dass der weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannte Spezialist für sozial- und gesundheitspolitische Belange auch in der Zürcher Regierung gute Arbeit leisten wird.

Weil Bortoluzzis Konkurrent, der nette CVP-Kandidat **Hans Hollenstein**, Winterthur (der stets «für den Frieden» ist und glaubt, alle Probleme liessen sich bei einem Bier beseitigen) dank der eifrigen Unterstützung von Rot-Grün und wegen dem zum Teil fehlenden FDP-Sukzess für die SVP mehr Stimmen erhält als erwartet, und weil niemand – auch nicht die Grünen **Ruth Genner** – das absolute Mehr erreicht, kommt es zu einem zweiten Wahlgang. Bortoluzzi entschliesst sich jedoch, nicht mehr anzutreten, sodass der Klotener Stadtpräsident **Bruno Heinzelmänn**, ebenfalls eine ausgewiesene Persönlichkeit, auf den Schild gehoben wird. Für jedermann ist klar: Nur mit Heinzelmänn kann nun verhindert werden, dass die Zürcher Kantonsregierung erstmals auch numerisch nach links kippt. Dennoch reicht es am 10. April 2005 nicht ganz: Hollenstein wird mit noch massiverer Unterstützung von Links sowie den grünen Stimmen von Ruth Genner, die nicht mehr antritt, gewählt. Nicht zum Vorteil des Kantons Zürich!

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Mittwoch, 5. Januar 2022, 19.30 Uhr

Sessionsrückblick

NR Monika Rüeegg und NR Franz Grüter stehen Red und Antwort Saal Egli, Gemeindehausplatz 26, 6048 Horw/LU
Veranstalterin: SVP des Kantons Luzern

Mittwoch, 5. Januar 2022, 19.30 Uhr

Bericht aus Bern

NR Therese Schläpfer (SVP Hagenbuch) und NR Alfred Heer (SVP Zürich) Restaurant Linde, Zellerstrasse 2, 8486 Rikon/ZH
Veranstalterin: SVP des Bezirks Winterthur

Büchertisch

BESTSELLER



Das Blocher-Prinzip

Ein Führungsbuch

Matthias Ackeret

Dieser Bestseller liegt inzwischen in neunzehnter, ergänzter Auflage vor. Der bedeutendste Schweizer Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg und erfolgreiche Unternehmer

Christoph Blocher vermittelt verständlich, wie man eine Partei, wie man einen Betrieb führt – wie Spitzenleistungen möglich werden.

Münster, Zürich 2021 (Schaffhausen 2007), 271 S., brosch., (Richtpreis Fr 29.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10



Die Selbstgerechten

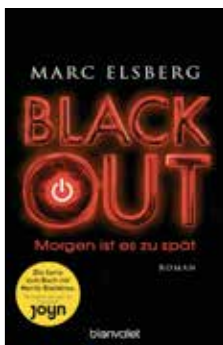
Mein Gegenprojekt – für Gemeinsinn und Zusammenhalt

Sahra Wagenknecht

Die Autorin, Fraktionschefin und Vize-Vorsitzende der deutschen Partei «Die Linke» steht politisch tatsächlich dezidiert links. In

Ihrem neuen Buch rechnet sie indessen in einer Art und Weise mit den Cüpli-Sozialisten und ihrer Selbstgerechtigkeit ab, die einmalig ist. Lesenswert! Auch zur Unterscheidung von echtem und Lifestyle-Sozialismus.

Campus-Verlag, Frankfurt/Main 2021, 345 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30



Blackout

Morgen ist es zu spät – Roman

Marc Elsberg

Das zweifellos brisanteste Buch zum drohenden Energie-Blackout schildert – in Form eines Romans – anschaulich, ja erschreckend, auf was die Menschheit zusteuert, wenn die Wirtschaft mit leichtfertig pauschalisierten grün-roten Energie-Theorien dem Untergang preisgegeben wird. Ein spannender Roman. Er geht jedem Leser «unter die Haut».

Blanvalet, München 2021 (2013), 828 S., brosch., (Richtpreis Fr. 17.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 16.10

AKTUELL



Schweizer Armee in der Konzeptions-Sackgasse

Mit oder ohne Ausweg?

Dr. iur. Rudolf P. Schaub

Der Autor, Oberstleutnant aD, kritisiert in den letzten Jahren realisierte Armee-Reformen scharf und gründlich. Er geht aber nicht nur mit den Reformern hart ins

Gericht – er zeigt auch Wege, wie die Armee ihre unverzichtbare Abschreckungswirkung wieder erlangen kann.

Aktiv-Verlag, Stans 2021, 120 S., geb., (Richtpreis Fr. 38.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.20



Der Energie-Irrtum

Warum Edgas und Erdöl unerschöpflich sind

Hans-Joachim Zillmer

Dass CO₂ den Untergang der Erde bewirken könnte, wird heute von den Medien mit linksgrünem Eifer als Dogma verbreitet. Deren Denksystem, das Klimamodell des Weltklimarats bestimmend, wird vom Autor widerlegt. Ein Buch, das angesichts der von Energie-Dogmen heimgesuchten Welt Pflichtlektüre sein sollte.

LangenMüller, München 2020 (2009), 335 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50

SCHWEIZ



Schwingen 2021

Offizielles Jahrbuch

Ein unentbehrliches, reich illustriertes Nachschlagewerk über die ganze Schwinger Saison 2021. Schwerpunkt bilden die Gänge am legendären Kilchberg-Schwinget.

Werd und Weber, Thun/Gwatt 2021, 120 S., brosch., reich ill., (Richtpreis Fr 26.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.40

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.



Deglobalisierung

Ein ökologisch-demokratischer Ausweg aus der Krise

Peter Mattmann-Allmand

Ein ehrlicher Linker, der seinerzeit mit einem von ihm gegründeten Umweltkomitee den EWR energisch bekämpft hat, legt Ideen vor, wie die von Krise zu Krise taumelnde Politik korrigiert werden kann. In jeder Beziehung lesenswert.

Promedia, Wien 2021, 263 S., brosch., (Richtpreis Fr. 30.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.80



Leben unterm Regenbogen

Das neue Geschlechterregime und seine Folgen

Bettina Gruber

Die neue Gender-Doktrin wird nicht bloss als sexistisch gegenüber Männern, vielmehr auch als frauenfeindlich entlarvt – als magersüchtige Gleichmacher-Doktrin, die diktatorisch durchgesetzt werden soll.

Manuscriptum, Lüdinghausen 2020, 215 S., brosch.,
(Richtpreis Fr. 28.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.–

BUCHZEICHEN



Versorgungssicherheit

Vom politischen Kurzschluss zum Blackout

**Bernd Schips
Silvio Borner (+)**

Eine Studie, die sich umfassend und präzise auf die Energieversorgung der Schweiz konzentriert. Sie dokumentiert die Gefahr einer absehbaren Strommangellage, rechnet vor, weshalb dieses Szenario droht und was die Auswirkungen sein werden – bis zum drohenden Blackout, bis zum Zusammenbruch der Stromversorgung insgesamt.

Unbelastet von ideologischen Klimabeschwörungen wird gezeigt, was der Schweiz bevorsteht, wenn Grün-Rot seine Ideologien umsetzen kann.

Bernd Schips, Silvio Borner: «Versorgungssicherheit. Vom politischen Kurzschluss zum Blackout».

Carnot-Cournot Verlag, Basel 2018, 220 S., reich ill., Grossformat, brosch., (Richtpreis Fr 41.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 36.90

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Matthias Ackeret – Das Blocher-Prinzip à Fr. 26.10
 Sahra Wagenknecht – Die Selbstgerechten à Fr. 32.30
 Marc Elsberg – Blackout à Fr. 16.10

Aktuell

- Dr. iur. Rudolf P. Schaub – Schweizer Armee ... à Fr. 34.20
 Hans-Joachim Zillmer – Der Energie-Irrtum à Fr. 30.50

Schweiz

- Schwingen 2021 à Fr. 23.40
 Peter Mattmann-Allmand ... Deglobalisierung à Fr. 27.80
 Bettina Gruber – Leben unterm Regenbogen à Fr. 26.–

Buchzeichen

- Bernd Schips, Silvio Borner – Versorgungssicherheit ... à Fr. 36.90

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(24/17.12.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

TV-Sendungen und Kurzvideos

Die TV-Sendungen der Schweizerzeit sind vorderhand nur zu empfangen auf www.schweizerzeit.ch Jeden Freitag wird eine neue Sendung aufgeschaltet.

Freitag, 17. Dezember:

Die Schweiz in der Welt von heute

Ulrich Schlüer im Interview mit Franz Grüter, Nationalrat

Freitag, 31. Dezember:

Gespräch zum Jahresende

Toni Brunner und Ulrich Schlüer

Freitag, 24. Dezember:

Freiheit im Schussfeld – warum?

Referat von Giuseppe Gracia, Publizist und Buchautor
anlässlich der Herbsttagung Schweizerzeit 2021

Auch die 3-Minuten-Videos der Schweizerzeit empfangen Sie via www.schweizerzeit.ch

Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

14. Januar 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melzi, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,
Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelöldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Die Rechten «offenlegen»

Die Direkte Demokratie in der Schweiz steht vor einem folgenreichen – bislang zu wenig beachteten – Umbruch. In der Sommersession 2021 haben National- und Ständerat nämlich einen Gegenentwurf zur sogenannten Transparenz-Initiative der Linken beschlossen. Demnach müssen schon bald alle Parteien Spenden ab 15'000 Franken nach deren Herkunft offenlegen. Wahl- oder Abstimmungskomitees müssen die Finanzierung ihrer Kampagnen aufdecken, sobald ihr Budget mehr als 50'000 Franken beträgt – faktisch muss also bald jedes Komitee «die Hosen herunterlassen» und den Medien und der Gegenseite preisgeben, wie es sich finanziert.

Was der Bevölkerung als Aufwertung der Demokratie verkauft wird, ist in Tat und Wahrheit die Demontage des Milizprinzips und ein weiterer Schritt hin zur staatlichen Politikfinanzierung. Die Leidtragenden werden politische Gruppierungen und Parteien sein, die sich mit Referenden und Initiativen zu Themen engagieren, die vom Mainstream abweichen und von dominierenden Meinungsmachern in eine – sagen wir mal – «unpopuläre Ecke» gedrückt werden.

Die Linken fordern den «gläsernen Spender» schon lange. Die kaum verborgene Absicht dahinter: Wer Kampagnen gegen Masseneinwanderung oder EU-Anpassung unterstützt, soll blossgestellt und der sozialen Ächtung preisgegeben werden. Die

Linken selber kümmert es hingegen nicht, wenn sie ihre Spenden offenlegen müssen. Ihre Kampagnen werden zu grossen Teilen von millionenschweren Gewerkschaften und NGOs getragen – die in den Medien aus moralischer Sicht meist zu «den Guten» gezählt werden. Wer dagegen Kampagnen gegen die «Ehe für alle» oder Erweiterungen der Rassismus-Strafnorm unterstützt, ist aus reinem Selbstschutz darauf angewiesen, dies ohne öffentliche Anprangerung tun zu können.

Es ist kein Geheimnis, dass die politische Rechte – weil sie nicht auf Gewerkschaftsmillionen zurückgreifen kann – nebst Kleinspendern auch auf grössere Zuwendungen Einzelner (oft Unternehmer und Privatpersonen) angewiesen ist. Deren Namen wollen die Linken kennen – um sie fertigzumachen und den «Shitstorm-Mobs» auszuliefern. Die Transparenzpflicht in der Politikfinanzierung ist also nichts anderes als ein taktisch motiviertes Manöver, um die rechtsbürgerliche Zivilgesellschaft zu schwächen.

Es sagt viel über die sogenannten Mitte-Parteien aus, dass sie nach Jahren des Standhaltens auch in diesem Bereich eingeknickt sind. Noch ist offen, wie wir am besten auf diese «Transparenz-Offensive» reagieren.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**